

Stellungnahme des Hamburger Energienetzbeirats zu den am 2. und 23. November 2017 durch die BUE vorgestellten Planungen zum Ersatz des Heizkraftwerks Wedel in der Hamburger Fernwärmeversorgung (Projekt Erneuerbare Wärme für Hamburg)

Der Energienetzbeirat (ENB) begrüßt grundsätzlich den von der Behörde für Umwelt und Energie verfolgten Ansatz, die für das Hamburger Fernwärmenetz derzeit noch durch das kohlegefeuerte Heizkraftwerk gelieferte Wärme rasch zu ersetzen und damit die Grundlage für dessen Außerbetriebnahme zu schaffen. Damit wird ein notwendiger und wesentlicher Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele und der Versorgungssicherheit in der Metropolregion und auch in Deutschland geleistet.

Der modulare Ansatz des vorgestellten Ersatzkonzepts eröffnet Flexibilitätsspielräume für künftige Anpassungen und Erweiterungen der Hamburger Fernwärmeversorgungsstruktur mit dem Ziel einer CO<sub>2</sub>-freien Wärmeversorgung und macht das Konzept außerdem revisionsfähig – abhängig von neueren technologischen wie regulatorischen Entwicklungen für einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Wärmeversorgung.

Die Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen zur künftigen Einbindung weiterer CO<sub>2</sub>-neutraler Wärmequellen auch im industriellen Gebiet südlich der Elbe wird vom ENB grundsätzlich begrüßt. Eine künftige Einbindung weiterer fossiler Kraftwerke über die im Konzept der BUE angelegten Anlagen hinaus hält der ENB unter Berücksichtigung der notwendigen klimapolitischen Zielsetzungen für kontraproduktiv und für energiewirtschaftlich nicht notwendig.

Der ENB rät dem Hamburger Senat daher auf der Grundlage der bestehenden Planungen dafür Sorge zu tragen, dass eine Einbindung des Kohlekraftwerks Moorburg an das Hamburger Fernwärmesystem nicht erfolgt und den Verzicht verbindlich zu erklären.

Die zukünftig geplante Versorgung der Ölwerke Schindler durch das Kohlekraftwerk Moorburg sieht der ENB aus klimapolitischer Sicht kritisch und bittet die BUE, entsprechende Versorgungsalternativen zu prüfen und dem Unternehmen vorzuschlagen.

Der ENB rät der Fernwärmegesellschaft und der zuständigen Fachbehörde, angesichts des modularen Konzepts mit einer Vielzahl von Teilprojekträgern und künftigen Wärmelieferanten, dafür Sorge zu tragen, dass in der Umsetzung des Projekts ein laufendes, enges Projektcontrolling erfolgt, um mögliche Auswirkungen auf den Wärmepreis früh zu erkennen und gegensteuern bzw. optimieren zu können. Hierzu gehört

- die Einschätzung des Realisierungsrisikos;
- Optimierung der Einsatzplanung als lfd. Prozess;
- Kosten- und Zeitplan des Leitungsbaus, genehmigungsrechtliche Risiken, u.a. hinsichtlich Umweltaspekten;
- Prüfung der Möglichkeiten zur Absenkung des Temperaturniveaus im Fernwärmesystem zur Reduzierung des Erzeugungsbedarfs.

Die sich durch die Südvariante ergebenden weiteren Potenziale zur Nutzung industrieller Abwärme z. B. TRIMET, ARCELOR MITTAL und AURUBIS sollten frühzeitig ermittelt und in den Planungen als ergänzende oder ersetzende Lösungen berücksichtigt werden.

Der ENB begrüßt, dass durch die BUE im Zuge der Entscheidungsvorbereitung als Alternative auch eine Nordvariante vorgeplant wurde. Sofern sich im Rahmen der vorbereitenden Arbeiten zur Realisierung der Südvariante zeigen sollte, dass die hierfür vorgesehenen Anlagen bzw. andere, der Nutzung erneuerbarer Energien und Abwärme dienende Alternativen, die sich im Zuge der weiteren Projektarbeit ergeben könnten, nicht realisierbar sind, rät der ENB dazu, dann auf den modularen Ansatz im Rahmen der Nordvariante zurückzugreifen und auf die Elbquerung zu verzichten.

Um die sich aus dem modularen Konzept ergebenden Vorteile langfristig weiter entwickeln zu können, hält der ENB eine Anpassung des im Wesentlichen durch den Bundesgesetzgeber gesetzten regulatorischen Rahmens für die Energiemärkte für unerlässlich. Der ENB rät vor diesem Hintergrund dem Hamburger Senat, sich insbesondere dafür einzusetzen, dass CO<sub>2</sub>-neutrale Verfahren zur Wärmeerzeugung gegenüber fossilen Wärmequellen wettbewerbsfähig werden hinsichtlich der staatlich induzierten Kostenbestandteile (Abgaben, Steuern, Umlagen) und hierdurch eine Kostensenkung erfolgt, die zu günstigeren Endverbraucherpreisen führen kann.

Im Interesse einer möglichst breiten Akzeptanz für das neue Fernwärmekonzept und dessen Umsetzung empfiehlt der ENB dem Senat und den beteiligten Unternehmen für eine größtmögliche Transparenz und rechtzeitige Information vor Ort zu sorgen.

Im Hinblick auf die durch die BUE bekanntgemachten Planungen, das HKW Tiefstack vom Brennstoff Kohle auf den Brennstoff Gas umzustellen, rät der ENB der Fernwärmegesellschaft und der zuständigen Fachbehörde, diesen Schritt unabhängig von der Ersatzlösung für das HKW Wedel zu bewerten und auch unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit detailliert zu prüfen. Eine solche Umstellung kann aus Sicht des ENB ein möglicher Zwischenschritt auf dem Weg zu einer vollständigen CO<sub>2</sub>-neutralen Fernwärmeversorgung sein, der vor seiner Umsetzung allerdings einer ebenso detaillierten, alternativoffenen und transparenten Voruntersuchung bedarf, wie sie im Rahmen der Entscheidung zur Ersatzlösung für das HKW Wedel erfolgt. Hierbei sind auch sich ggf. in den nächsten Jahren ergebende Änderungen des energierechtlichen Rahmens zu berücksichtigen.

Sofern sich veränderte Rahmenbedingungen, insbesondere aufgrund des Rechtsrahmens, für andere Alternativen ergeben (z. B. Power to Heat), ist dies in der Alternativenplanung zu berücksichtigen.

Die zu erwartenden Zwischenergebnisse des Großprojekts Norddeutsche EnergieWende NEW 4.0 können erhebliche Potentiale für die Wärmewende und die Energiewende in Hamburg insgesamt bieten. Der ENB empfiehlt der BUE eine weiterhin enge Abstimmung mit NEW 4.0, um die Erkenntnisse des Projekts bei der Alternativenplanung zu berücksichtigen.